

DER GEFESSELTE RIESE

INNENPOLITISCHE BARRIEREN AUSSENPOLITISCHER STRATEGIEN

Paul Kevenhörster

Das Herrschaftssystem eines Staates legt den Bedingungsrahmen seiner Außenpolitik fest. Auf diesen Tatbestand hat die Theorie der internationalen Beziehungen seit Montesquieu, Kant und Tocqueville mit Nachdruck hingewiesen (Czempel 1987:100). Im demokratischen Verfassungsstaat wird die Außenpolitik in erheblichem Umfang durch gesellschaftliche Forderungen beeinflusst, die durch Medien, Unternehmen, Verbände und nicht zuletzt durch politische Parteien kanalisiert werden, denn das demokratische politische System ist zumindest mittel- und langfristig bei der Formulierung und Durchsetzung seiner Außenpolitik auf gesellschaftlichen Konsens angewiesen. Dies gilt auch für den fernöstlichen Technologiestaat.

Die stärkere Bereitschaft Japans zur Übernahme größerer außenpolitischer, entwicklungspolitischer und militärischer Lasten scheint seinen außenpolitischen Aktionsradius erheblich auszuweiten – unter der Voraussetzung, daß das politische System in der Lage ist, die politischen Wertvorstellungen von Wählern, Interessengruppen und Parteien mit der Artikulation und Durchsetzung außenpolitischer Ziele zu vereinbaren (Kennedy 1988; Ministry of Foreign Affairs 1986). Forderungen nach einem klareren Ausweis langfristiger außenpolitischer Zielvorstellungen finden in der politischen Elite Japans und in den japanischen Massenmedien zunehmenden Widerhall.

1. INNENPOLITISCHE GRUNDLAGEN EINER HEGEMONIALMACHT

Gerade die jüngst einsetzende Diskussion um eine künftige Weltmachtrolle Japans verweist auf gewichtige innenpolitische Voraussetzungen einer Hegemonialmacht: die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft, die politische Verarbeitung des gesellschaftlichen Wandels sowie die breite und zugleich stabile innenpolitische Akzeptanz einer internationalen Führungsrolle. Selbst wenn dieser innenpolitische Konsens grundsätzlich gegeben wäre, könnte das japanische Regierungssystem ihn nur unter der Voraussetzung stabiler parlamentarischer Mehrheiten und

leistungsfähiger politischer Institutionen dauerhaft nutzen. Diese Voraussetzung verweist erneut auf die Interdependenz zwischen innenpolitischer Handlungsfähigkeit und außenpolitischem Durchsetzungsvermögen (Holloway 1988; Kevenhörster 1973; Tanaka 1988).

Angesichts einer hohen Anpassungsleistung des politischen Systems hat Japan bisher auf internationale Forderungen (insbesondere der Vereinigten Staaten) nach einer stärkeren Übernahme von Verteidigungslasten durch weitreichende Prioritätsentscheidungen tiefgreifenden außenpolitischen Prioritätenkonflikten zunächst ausweichen und seinen außenpolitischen Handlungsspielraum sichern können (Haftendorn 1989:32–49): Die Außenwirtschaftspolitik wird durch die Entwicklungspolitik ergänzt und gestützt, und diese wiederum substituiert verteidigungspolitische Leistungen.

Die Außenpolitik Japans ist eine Funktion der Entscheidungskapazität des politisch-administrativen Systems und seiner Auswahl außenpolitischer Handlungsstrategien und damit eine Funktion der folgenden Bestimmungsfaktoren: der Ressourcen, der Fähigkeit des politisch-administrativen Systems zu ihrer Nutzung, der Prädisposition der Entscheidungsträger, der Handlungsschranken des politischen Systems sowie des internationalen Systems und schließlich der außenpolitischen Entscheidungsstrukturen und -prozesse. Diese Faktorengruppen wirken sich über das außenpolitische Verhalten der japanischen Regierung auf das internationale Kräftefeld aus: Ressourcen und die politische Fähigkeit ihrer Nutzung („Entscheidungskapazität“) stellen das Potential regionaler oder globaler Machtausübung dar; die Auswahl außenpolitischer Handlungsstrategien entscheidet wiederum darüber, wie wirksam eine regionale oder globale Rolle wahrgenommen wird. Denn solange die Ressourcen eines Staates stärker als die anderer vergleichbarer Staaten wachsen und die Fähigkeit des politisch-administrativen Systems zu seiner Nutzung mit diesem Wachstum Schritt hält, wird das internationale Durchsetzungspotential dieses Landes zunehmen. Dies ist um so mehr zu erwarten, wenn die Auswahl außenpolitischer Handlungsstrategien von einem Staat konzentrierter und systematischer durchgeführt wird als von einem anderen. Bieten Ressourcen und die Fähigkeit ihrer systematischen Nutzung das Potential einer Weltmachrolle, so hängt die Wahrnehmung dieser Rolle von der Auswahl geeigneter außenpolitischer Strategien und ihrer Umsetzung ab.

Eine weitere entschiedene Voraussetzung einer globalen Rolle Japans ist die positive Koordination seiner Außenpolitik im eigentlichen Sinne mit seiner Außenwirtschafts-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik (Yasutomo 1986). Mit seiner dynamischen Außenwirtschafts- und Technologiepolitik sowie mit dem starken Ausbau seiner Entwicklungs- wie

Verteidigungspolitik verfügt Japan über gewichtige Voraussetzungen einer raschen Ausweitung seines außenpolitischen Aktionsradius' und einer zunehmenden Bedeutung im internationalen Kräftefeld. Gleichwohl ist die Außenpolitik als eigenständiges Politikfeld im Bewußtsein der politischen Akteure und auch von Politikwissenschaftlern noch wenig entwickelt. Traditionell ist sie durch einen hohen Grad von „Attentismus“ gekennzeichnet: Sie wartet ab und orientiert sich an den Entscheidungen anderer.

2. DIE JAPANISCHE AUSSENPOLITIK AUF DEM INNENPOLITISCHEN PRÜFSTAND

Die innenpolitische Basis der japanischen Außenpolitik wird seit jeher durch eine Interessenallianz der Liberaldemokratischen Partei, der Bürokratie, der Industrieunternehmen, Banken und Wirtschaftsverbände geformt (Kevenhörster 1973). Diese Allianz ist inzwischen nicht mehr so tragfähig und durchsetzungsstark wie zuvor: Seit zwei Jahrzehnten haben die Oppositionsparteien die politische Kontrolle der Großstädte übernommen; Umweltschutzprobleme und Verbraucherfragen nehmen inzwischen einen höheren Stellenwert ein, und auch die Gerichte schalten sich in einem Umfang in politische Streitfragen ein, wie es in früheren Jahrzehnten unvorstellbar gewesen wäre (Pempel 1977:183). Durch den Zusammenschluß zum Gewerkschaftsbund *Rengō* hat sich auch das politische Durchsetzungsvermögen der Gewerkschaften verbessert. Die politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Kosten der Politik wirtschaftlichen Wachstums müssen zudem von der die Außenwirtschaftspolitik tragenden Interessenallianz mehr berücksichtigt werden als jemals zuvor. Die neue Parlamentsmehrheit der Oppositionsparteien im Oberhaus setzt die Liberaldemokraten dabei zunehmend unter Druck: Auf der Suche nach neuen Koalitionsmustern muß die Regierungspartei auch die politische und gesellschaftliche Akzeptanz ihrer Politik erweitern. Der starke politische Wettbewerb um die neuen Mittelschichten stärkt die Durchsetzbarkeit von Verbraucherinteressen.

Internationale Entspannung und wirtschaftliche Zusammenarbeit veranlassen Japan, seine vormals neomerkantilistische Außenwirtschaftspolitik zu überprüfen. Zugleich wächst der innenpolitische Druck in Richtung auf eine verbraucher- und arbeitnehmerfreundlichere Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die politische Konsequenz dieser Zangenbewegung wird der weitere Abbau von bürokratischen Handelshemmnissen sein. Die wechselseitige internationale Abhängigkeit der Industrie- und Entwicklungsländer in einer immer dichten, stärker verflochtenen Weltwirtschaft gewinnt an Bedeutung. So kündigt sich zwar keine „General-

überholung“ der japanischen Außenwirtschaftspolitik an, wohl aber eine Kurskorrektur in kleinen Schritten. Die Rohstoff- und Exportabhängigkeit der japanischen Wirtschaft werden die japanische Regierung auch künftig zu einem eher behutsamen Vorgehen in außenpolitischen Fragen, möglichst im Schulterschuß mit ihren trilateralen Partnern, den Vereinigten Staaten und Europa, veranlassen. Die zugleich schwächer und komplizierter werdende innenpolitische Basis dieser Politik wird die Regierung zwingen, der innenpolitischen Akzeptanz ihrer Außenpolitik mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Mit anderen Worten: Der innenpolitische Handlungsspielraum der japanischen Außenpolitik wird enger. Wie sehr Innen- und Außenpolitik miteinander verflochten sind, zeigen im übrigen die Diskussionen um Agrarimporte aus den USA, die militärtechnologische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten (FSX-Kampfflugzeug), japanische Investitionen im Nahen Osten und um den Import von Tropenhölzern sowie Elfenbein.

3. BÜROKRATISCHE ZIELFORMULIERUNG

Die japanische Außenpolitik wird im allgemeinen im Rahmen dreier unterschiedlicher Modelle interpretiert: 1. Japan Inc., 2. des pluralistischen Ansatzes und 3. des bürokratischen Erklärungsmodells. Derzeit ist unter diesen das „Modell bürokratischer Dominanz“ das am meisten akzeptierte, weil es am ehesten die zentrale Rolle des Staates zu beleuchten vermag. Diese bürokratische Dominanz beruht auf einer Tripelallianz der Ministerialverwaltung, der Liberaldemokratischen Partei und der Interessengruppen. Die Intensität der Austauschbeziehungen zwischen diesen drei Bereichen entscheidet zugleich über den Grad an Politisierung der Bürokratie (Okimoto 1988:323).

Am stärksten politisiert – und damit dem Zugriff der Liberaldemokratischen Partei sowie der jeweiligen Interessengruppen am meisten unterworfen – sind das Landwirtschafts- und das Bauministerium. Relativ stark politisiert sind an zweiter Stelle auch die Ministerien für Verkehr, für Post und Telekommunikation, für Gesundheit und Soziales sowie die Defense Agency. In einem nennenswerten Umfang politisiert sind schließlich auch das Finanzministerium und das Ministerium für Selbstverwaltung, am geringsten dagegen das Wirtschaftsministerium *MITI* (mit Ausnahme der Small and Medium Enterprise Agency), das Außenministerium und die Economic Planning Agency. Maßstäbe der Politisierung sind hierbei einerseits die Verflechtungen zwischen der LDP sowie den Interessengruppen und zum anderen Häufigkeit bzw. Intensität der offenen und infor-

mellen Interventionen von Abgeordneten der Regierungspartei in die Planungen der Ministerien, am häufigsten in die Arbeit des MITI.

Umgekehrt gilt: Je geringer die Politisierung des Ressorts, um so größer seine Widerstandsfähigkeit gegenüber derartigen Interventionen und um so größer seine Fähigkeit zu aktiver, eigenständiger Programmformulierung. Wegen der Interessenallianz zwischen Verbänden und LDP, der administrativen Arbeitsteilung und themenspezifischer Machtkonfigurationen in unterschiedlichen Politikfeldern nennt Okimoto dieses Muster „political inclusivity and issuearea segmentation“ – politische Abschottung und bereichsspezifische Segmentierung. Diese Entscheidungsstrukturen erschweren Japans Integration in das internationale System erheblich.

Politische Abschottung und bereichsspezifische Segmentierung werden dadurch gestützt, daß die großen Wirtschaftssektoren ihre Interessen sowohl gegenüber der Bürokratie als auch gegenüber der LDP wahrnehmen. Dadurch wird die vollständige Außenöffnung umstrittener Sektoren wie etwa des Agrarbereichs mehr erschwert als erleichtert und die Außenwirtschaftspolitik selbst zum Feld ständiger politischer Interventionen (Yakushiji 1989). Neben die Wirtschaftsbürokraten tritt der neue Typus des Sektorinteressen vertretenden Politikers. Dadurch gelingt es Großunternehmen wie Wirtschaftssektoren, die Rolle des *Staates im Staate* zu spielen (Hane 1990).

Das bürokratische Modell politischer Entscheidungsprozesse, entwickelt zur Erklärung des Prozesses der Politikformulierung in modernen Regierungssystemen, ist auch zur Erklärung der japanischen Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik durchaus geeignet: Institutionelle Loyalitäten und Eigeninteressen überwiegen, und sozioökonomische Interessen werden durch den stark fragmentierten Regierungsapparat in politische Optionen der einzelnen Ressorts und schließlich in politische Entscheidungen transformiert (Orr 1990:7). Demgegenüber ist die politische Reichweite des Parlaments weitgehend auf Mittel indirekter Einflußnahme begrenzt (Debatten, Anfragen etc.). Der Bereich der Entwicklungspolitik ist dabei der bislang am weitestgehenden erforschte Teilbereich der Außenpolitik und bestätigt dieses Bild: Politikformulierung findet nahezu ausschließlich im Regierungsapparat statt; diese Tatsache aber begünstigt Routineentscheidungen und erschwert Innovationen. Auch wenn nicht eines der Ministerien allein entscheidet, finden die politischen Vorentscheidungen in den Ministerien und in Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts statt.

Die politische Zurechnung von Entscheidungen wird stets dadurch erschwert, daß vier Ressorts für die Entwicklungszusammenarbeit zuständig sind (*Yon Shōchō Kyōgi Taisei*): Außenministerium, MITI, Finanzministerium und die Economic Planning Agency. Die Federführung liegt beim

Außenministerium (*Gaimushō*), das außenpolitische Kriterien vorgibt, während das MITI außenwirtschaftliche und das Finanzministerium budgetäre Interessen vertreten. In den letzten Jahren hat die LDP stärkeres Interesse an der Entwicklungspolitik gezeigt. Die jeweiligen Faktionen ihrer Unterhausfraktion setzen sich gegenüber den Ressorts für einzelne Entwicklungsländer besonders ein, so die frühere Nakasone-Faktion für Ozeanien, die ehemalige Abe-Faktion für Südkorea, Thailand und Burma und die frühere Tanaka-Faktion für China und Indonesien. Die drei Ministerien sind in der Politikformulierung nicht autonom, sondern müssen auf die mit den Ressorts verbundene politische Klientel Rücksicht nehmen. Die Faktoren, die ihre Planung beeinflussen, sind weltweite Trends, außenpolitische Isolationsängste, Statusansprüche und regierungsinterne Durchsetzungstaktiken.

Das strenge Auswahlverfahren, dem sich die künftigen Ministerialbeamten unterwerfen, das Selbstverständnis der Ministerialbürokratie als einer „meritokratischen Elite“, der hohe Anteil der Juristen und das Übergewicht der Administratoren (*jimukan*) gegenüber den Spezialisten (*gikan*) haben oft den Eindruck vermittelt, die japanische Ministerialbürokratie zähle zu den mächtigsten Regierungsapparaten unter den demokratischen Industriestaaten (Koh 1989:252–266). Seit Mitte der 70er Jahre hat jedoch der Parteiapparat der Liberaldemokratischen Partei seine Beratungskapazität und sein Fachwissen erheblich erweitert und neben der Ministerialbürokratie eine Führungsposition in der Politikformulierung übernommen. Die Politikimplementation ist demgegenüber ausschließlich Sache der Verwaltung. Die außenpolitische Entscheidungsfindung und ihre Umsetzung finden somit im Rahmen pluraler Strukturen statt.

Aufgrund der wachsenden Bedeutung der Parteigremien (vor allem des außenpolitischen Ausschusses) und des Parteiapparates der Liberaldemokratischen Partei für den außenpolitischen Entscheidungsprozeß scheint sich auch in diesem Politikfeld ein Trend durchzusetzen, der mit dem Kürzel *tōkō kantei* [Vorrang der Partei – Unterordnung der Bürokratie] umschrieben wird (Schoppa 1991:79). Auch hier sind seit längerem immer tiefere und immer häufigere Interventionen der Partei und ihrer führenden Experten für Außenpolitik zu beobachten. Dadurch wird auch das außenpolitische Handlungsfeld unter deren Einfluß stärker als früher politisiert. Zugleich aber werden politische Führung und Koordination unterschiedlicher Politikfelder im Lichte übergreifender außenpolitischer Ziele erheblich erschwert.

Die außenpolitische Zielformulierung bleibt somit trotz des stärkeren Drucks der Liberaldemokratischen Partei auf eine frühzeitige Beteiligung an der Entscheidungsfindung über weite Strecken eine Domäne der Ministerialbürokratie (Pohl 1990:15–17; Asai 1990). Die Entscheidungsfähig-

keit des Regierungsapparats wird aber in außenpolitischen Fragen dadurch geschwächt, daß die verschiedenen Regionalabteilungen des Außenministeriums offen miteinander konkurrieren und sich mehr als Anwalt der japanischen Beziehungen zu ihrer Region denn als Motor einer geschlossenen Außenpolitik verstehen (Woronoff 1986:370). Die informelle Vorrangstellung der Amerika-Abteilung ändert hieran nichts. Außenpolitik erscheint so als eine Abfolge aufeinander nicht abgestimmter Erklärungen.

Außenpolitische Vorstöße – wie etwa die Neuanbahnung der Beziehungen zu Nordkorea – sind häufig nur einem Teil der Führung des Außenministeriums bekannt (Kobayashi 1990:25). Die außenpolitische Verantwortung liegt zudem nicht so eindeutig beim Premierminister, wie gelegentlich behauptet wird. Wirkliche politische Machtinhaber sind auch in diesem Politikfeld die Vorsitzenden der mächtigsten Faktionen der LDP und die Bürokratie. Die politische Verantwortung wird immer mehr dem Generalsekretär der LDP als dem Premierminister zugeordnet. Die Arena der Außenpolitik bietet somit das Bild einer „doppelten Machtstruktur“ (*kenryoku no nijū kōzō*) (Hayasaka 1991). Mit anderen Worten: das außenpolitische Machtvakuum im Regierungsapparat wird zunehmend von der LDP-Spitze ausgefüllt.

Demgegenüber sind die außenpolitischen Standortbestimmungen des Parlaments trotz aller Bekenntnisse zur Notwendigkeit einer aktiveren Außenpolitik Japans nur zaghaft. Der außen- und sicherheitspolitische Untersuchungsausschuß des Oberhauses hat sich nach Reisen in die Sowjetunion, nach Schweden und Deutschland sowie nach Expertenanhörungen nur in sehr allgemeiner Form über außenpolitische Prioritäten und Schwerpunkte geäußert (House of Councillors 1990). Als solche werden Maßnahmen des globalen Umweltschutzes, die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen durch die Gesetzgebung, der Ausbau der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA), eine Überprüfung der japanischen Verteidigungspolitik im Lichte der Ost-West-Entspannung, der Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion und der Abbau von Handelshemmnissen mit den USA bezeichnet. Ein neuer regionaler Schwerpunkt ist dabei die Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas.

4. NEUANSÄTZE DER AUSSENPOLITIK

Von außenpolitischen Experten wird die japanische Regierung gedrängt, die Rolle eines Vermittlers zwischen Staaten mit liberalen und Entwicklungsmarktwirtschaften wahrzunehmen. Japan selbst könne diese Moderatorenrolle nur dann international glaubwürdig ausüben, wenn es seine

eigenen Märkte stärker öffne. Nur so lasse sich eine dauerhafte Konfrontation zwischen den Staaten beider Wirtschaftssysteme vermeiden und die Gefahr einer Zunahme protektionistischer Abschottungen der Inlandsmärkte dieser Länder bannen (Seisaku Kōsō Foramu 1990). Dieser Vorschlag setzt die Überwindung massiver innenpolitischer Widerstände – vor allem von Seiten der Landwirtschaftsverbände – gegen eine Liberalisierung des Agrarmarktes voraus.

Allerdings hat die Landwirtschaftslobby in den letzten beiden Jahrzehnten ohnehin Einbußen an Einfluß und Popularität hinnehmen müssen. Im Zuge der „Internationalisierung“ der japanischen Wirtschaft befürworteten Gewerkschaften und Unternehmerverbände eine Liberalisierung der Importe, um die Lebenshaltungskosten zu senken, das Realeinkommen der Industriearbeiter zu steigern und neue Anreize für die industrielle Produktion zu schaffen. Eine weitere Abschirmung der heimischen Agrarproduktion steht im Widerspruch zu den außenpolitischen Verpflichtungen. Schließlich verringert der Trend zum Dienstleistungssektor das ökonomische und politische Gewicht der Landwirtschaft als Teil des primären Sektors. Inzwischen hat der interne und externe Druck so sehr zugenommen, daß die LDP erstmals eine Öffnung des japanischen Marktes für Reisimporte erwägt und damit ein politisches Tabu der Nachkriegszeit in Frage stellt (Jones 1990; Smith 1990). Aufgrund der Mehrheit der Oppositionsparteien im Oberhaus kommt dem außenpolitischen Konsens oder Dissens mit der Opposition wachsende Bedeutung für die parlamentarische Durchsetzbarkeit und damit Richtung wie Gehalt außenpolitischer Entscheidungen zu. Unter der Führung von Doi Takako hat die Sozialdemokratische Partei Japans (*Shakaitō*) als stärkste Oppositionspartei ihren außenpolitischen Standort mehr zur politischen Mitte hin verlagert und die Notwendigkeit der Kontinuität außenpolitischer Beziehungen betont. Der Sicherheitsvertrag mit den Vereinigten Staaten wird nicht mehr durch die Androhung einer einseitigen Kündigung zur Disposition gestellt. Bei weiterer Befürwortung der traditionellen Antinuklearpolitik der *Shakaitō* (Verbot der Herstellung, des Besitzes und der Einfuhr nuklearer Waffen) wird ein Ausbau der nichtmilitärischen Zusammenarbeit mit den USA befürwortet. Diese „Doi-Vision“ einer neuen sozialistischen Außenpolitik hält gleichwohl an der Vorstellung außenpolitischer Neutralität fest und soll eine gemeinsame Plattform der Oppositionsparteien ermöglichen – auch wenn erhebliche Meinungsunterschiede hinsichtlich der Selbstverteidigungsstreitkräfte, des Sicherheitsvertrages mit den USA und der Nuklearpolitik zwischen den Oppositionsparteien fortbestehen (Fukatsu 1990:24–30).

Die Fähigkeit der Opposition zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Auffassung hängt von zwei Voraussetzungen ab: ihrer außenpolitischen

Geschlossenheit und der Chance des Machtwechsels im japanischen Parteiensystem. Wiederholt ist nach tiefgreifenden innenpolitischen Affären – wie etwa dem Recruit-Skandal – das Ende der Vormachtstellung der LDP beschworen worden (Samuels 1990:46). Aber die Dauerhaftigkeit dieser Vormachtstellung beruht nicht zuletzt auf der Zersplitterung und Schwäche der Opposition. Der von den Massenmedien seit der 2. Hälfte der 70er Jahre häufiger verwendete Begriff „Hakuchū“ soll die politische Kräftekonstellation, wie sie durch LDP und Oppositionsparteien geprägt wird, als in etwa gleichgewichtig kennzeichnen. Von einer solchen Gleichgewichtigkeit ist das Parteiensystem aber nach wie vor weit entfernt. Zudem haben außenpolitische Orientierungen lange Zeit nur eine geringe Rolle für das Wahlverhalten gespielt, und die Wählererwartungen haben die Außenpolitik der Regierung stets nur in geringem Umfang beeinflusst (Watanuki 1977:159).

5. DIE „INTERNATIONALISIERUNG JAPANS“

Der interne und externe Druck auf die japanische Regierung wächst und damit auch die Anforderungen an Handlungsvermögen und Innovationsfähigkeit der politischen Führung. Schon in der nahen Zukunft wird die Regierung innenpolitisch danach beurteilt werden, inwieweit sie die Finanzierung der Parteien gesetzlich neu regelt und die Wahlkreise so neu schneidet, daß eine gleichmäßigere, gerechtere Vertretung der Wählerschaft durch die Abgeordneten des Reichstages gesichert ist.

Hierbei handelt es sich allerdings um Reformaufgaben, die von allen japanischen Regierungen immer wieder betont und zugleich immer wieder auf die lange Bank geschoben worden sind; denn ihre Inangriffnahme würde ein starkes Durchsetzungsvermögen der Regierung gegenüber den mächtigen Faktionen der Liberaldemokratischen Partei voraussetzen. Innen- und außenpolitisch wird die Regierung daran gemessen werden, ob sie eine Liberalisierung der Nahrungsmiteleinfuhr, insbesondere des Reisimports, durchsetzen kann. So sehr eine solche Politik im Interesse der japanischen Verbraucher und des amerikanischen Handelspartners läge, so entschieden wird sich die Lobby der japanischen Reisbauern dagegen zur Wehr setzen.

Außenpolitisch ist die Formel von der „Internationalisierung Japans“ nicht mehr nur ein Diskussionsthema für Experten, sondern wird zunehmend auch zu einem Gradmesser für die Bewertung von Politikern und Parteien durch die Wählerschaft (Tidten 1990:6). Inzwischen wird die Repräsentanz der japanischen Außenpolitik im Ausland insbesondere von den Medien kritischer verfolgt. Das außenpolitische Aktionsvermögen

spielt aber auch aus Sicht der Wähler gegenwärtig eine größere Rolle für die Beurteilung der Parteien als zuvor. War die „Internationalisierung Japans“ zunächst ein Thema der Medien gewesen, so setzt seit einiger Zeit auch eine Internationalisierung Japans „von unten“ ein. Außenpolitische Streitfragen werden dadurch in Zukunft einen höheren Stellenwert im Meinungsbild der Wählerschaft einnehmen. Die Anforderungen an das außenpolitische Handlungsvermögen der politischen Führung wachsen. Mehr als zuvor muß die Regierung ihre Außenpolitik auch in Wahlkämpfen rechtfertigen (Makihara 1990:7).

Die international, vor allem von den USA und den asiatischen Nachbarländern erhobene Forderung nach einer Liberalisierung der japanischen Reimporte stößt nach wie vor auf den massiven Widerstand der Agrar-Lobby, wird aber innerhalb der Regierungspartei wie den Oppositionsparteien zunehmend diskutiert (Shūkan Tōyō Keizai 1990). Dabei deutet sich innerhalb der Liberaldemokratischen Partei eine Bereitschaft zu einer partiellen Liberalisierung an. Dieser Schritt wird aber einerseits innerparteilich als Mittel des Wettbewerbs zwischen den Faktionen (und damit auch zwischen dem Premierminister und seinen innerparteilichen Konkurrenten) und zum anderen als „Trumpf“ künftiger internationaler Verhandlungen instrumentalisiert. Die innerparteilichen Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten in der LDP bieten den Oppositionsparteien, vor allem der *Kōmeitō* und der SDPJ, neue agitatorische Angriffsflächen bei landwirtschaftlichen Wählern und Verbänden.

Um Japans außenwirtschaftliche Beziehungen in eine größere Übereinstimmung mit seinen wichtigsten Außenhandelspartnern zu bringen, hat der Maekawa-Report zu Recht gefordert, die Inlandsnachfrage zu stimulieren, den Yen aufzuwerten, die Außenhandelsbilanz auszugleichen und mittelfristig dementsprechende wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen (Maekawa 1989:31–40). Obgleich die japanische Regierung diese Empfehlungen sofort aufgegriffen und der Wirtschaftsrat des Kabinetts einen entsprechenden Sonderausschuß eingesetzt hat, ist die zentrale Forderung des Maekawa-Reports – die weitere Steigerung der Inlandsnachfrage – aus mehreren Gründen schwer zu verwirklichen. Hierzu zählen die hohen Bodenpreise, die Exportorientierung der Industriestruktur und die Hemmnisse, die einer Steigerung des Imports, vor allem der Agrarimporte, entgegenstehen.

Der Verzicht auf den Agrarprotektionismus wiegt in politisch-taktischer Hinsicht für die regierende LDP inzwischen aber nicht mehr so schwer wie noch in den 50er und 60er Jahren. Denn der Anteil der landwirtschaftlichen Wähler am gesamten liberaldemokratischen Wählerpotential ist erheblich zurückgegangen – von 43 Prozent im Jahre 1960 auf 18 Prozent im Jahre 1980 – und verringert sich weiterhin zugunsten des

städtischen Wählerpotentials (Balassa und Noland 1988:72). Auf lange Sicht sind die Konsumerwartungen der potentiellen Wechselwähler in den Städten für die Parteien von größerer strategischer Bedeutung als das rückläufige Potential der landwirtschaftlichen Wählerschichten. Zudem liegt eine konsequente Liberalisierungspolitik in Japans ureigenstem Interesse, weil es den Druck auf einen protektionistischen Schutz der heimischen Industrie in wichtigen Partnerländern abzubauen hilft (Maswood 1989:195).

In diesen Situationen sieht sich die liberaldemokratische Regierung veranlaßt, die parlamentarische Basis ihrer Außen- und Verteidigungspolitik im Oberhaus durch Absprachen mit der *Kōmeitō* und der Demokratisch-Sozialistischen Partei zu sichern. Dies geschah im Jahre 1991 bei der Finanzierung der Unterstützung der multinationalen Streitmacht der Vereinten Nationen in Höhe von 9 Mrd. US-Dollar (1,19 Billionen Yen) durch ein Abkommen mit diesen beiden Oppositionsparteien, das eine Kürzung der Verteidigungsausgaben und Haushaltseinsparungen an anderer Stelle vorsah, um die von der Regierung ursprünglich geplante Steuererhöhung zu vermeiden (Asahi Shinbun 15.2.1991:1). Nur durch diese Mitwirkung von *Kōmeitō* und DSP konnte der Nachtragshaushalt auch im Oberhaus verabschiedet werden, so überhastet und wenig professionell das gesamte Unterstützungsprogramm auch gewesen sein mag.

6. NEUE AKZENTE DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Unter dem Einfluß der Ost-West-Entspannung kündigen sich auch Akzentverschiebungen der japanischen Verteidigungspolitik an, wie sie bei der Diskussion um das Verteidigungsweißbuch 1990 durch Medien und Parteien deutlich geworden sind (Asahi Shinbun 19.9.1990:5): Einerseits ist die militärische Bewertung des früheren Warschauer Paktes nun gelassener, und es wird die Formel von der „latenten Bedrohung“ Japans durch die Sowjetunion in diesem Dokument erstmals fallengelassen. Andererseits wird die qualitative Aufwertung der sowjetischen Streitkräfte in Fernost zur Kenntnis genommen. Mit dem Wegfall der Formel von der „latenten Bedrohung“ wird der Wunsch nach verbesserten Beziehungen zur GUS signalisiert. Die Verteidigungsplanung orientiert sich (zumindest offiziell) nicht mehr an dem „Gegenbedrohungsmodell“ (*Kyōi-taikō-gata*), nach dem das aufzubauende Verteidigungspotential sich nach dem Grad der Bedrohung durch ein anderes Land richten müsse. Die Vergrößerung des japanischen Verteidigungspotentials, wie sie sich in der mittelfristigen Verteidigungshaushaltsplanung niederschläge, sei vor allem in qualitativer Hinsicht beachtlich.

Medien und Opposition begrüßen den Verzicht auf die Formel der „latenten Bedrohung“, während die Erhöhung der Verteidigungsausgaben in Frage gestellt wird (Asahi Shinbun 19.9.1990:2). Zugleich werden die Modernisierung und die starke Präsenz der russischen Streitkräfte zur Kenntnis genommen. Wieweit diese Präsenz auf Dauer abgebaut werden kann, hängt nicht nur von den russisch-japanischen Beziehungen ab, sondern weit mehr von den russisch-amerikanischen Beziehungen und der weiteren internen Entwicklung des vormals sowjetischen Herrschaftssystems. Japanische Exportrestriktionen gegenüber der GUS und fehlende Abrüstungsverhandlungen zeigen, daß die Entspannung im Fernen Osten noch nicht so weit vorangeschritten ist wie in Europa (Falkenheim 1990/91:159–180).

Japan ist unter allen Industrieländern der einzige Staat, der Rüstungsexporte verbietet und auf dem internationalen Rüstungsmarkt nahezu unsichtbar ist (Hummel 1989:53–57). Im politischen System scheint die Politik der Beschränkung des Rüstungsexports – trotz gegenläufiger Spekulationen – fest verankert zu sein und nicht grundsätzlich in Frage gestellt zu werden. Lockerungen der rüstungspolitischen Restriktionen sind allenfalls in Grenzbereichen möglich. Wirtschaftliche Interessen an einer weitreichenden Lockerung oder gar Aufhebung des Rüstungsexportverbots haben sich nicht durchsetzen können und mußten sich immer wieder den strategischen Interessen der Wirtschaftspolitik an einer nichtmilitärisch ausgerichteten Wirtschaftsstruktur unterordnen. Andererseits ist einschränkend anzumerken, daß der Technologietransfer in die USA die Koproduktion von Rüstungsgütern ermöglicht, japanisches Kapital und Technologie in mehreren asiatischen Ländern den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie ermöglichen und Ansätze eines japanischen Militärhilfeprogramms für asiatische Nachbarländer (Thailand, Singapur, Pakistan) erkennbar sind.

Die Beteiligung der Selbstverteidigungsstreitkräfte an Friedenstruppen der Vereinten Nationen ist in den Medien eingehend erörtert worden. Die Auffassung der Regierung schwankte zwischen der Konzeption einer direkten SDF-Beteiligung und dem Aufbau einer hiervon völlig unabhängigen, nichtmilitärischen Unterstützungseinheit. Das „kollektive Selbstverteidigungsrecht“ (*Shūdanteki-jieiken*) wurde jeweils unterschiedlich interpretiert. Hinsichtlich dieser Interpretation konnte die Regierung kein geschlossenes Bild vermitteln, während die *Shakaitō* die Friedensaktivitäten der UN lediglich durch eine kleinere, nicht militärische Einheit unterstützen will. Gegenüber Bestrebungen innerhalb der LDP, geschlossene SDF-Einheiten unter UN-Aufsicht in Krisengebiete zu entsenden, nahm jedoch die *Kōmeitō* eine kompromißbereite Position ein (Asahi Shinbun 16.10.1990:1).

Die Durchsetzung einer Außen- und Verteidigungspolitik, die eine systematische Beteiligung an UNO-Missionen ermöglicht und Japans gewachsene internationale Bedeutung damit im UN-Bereich strategisch umsetzt, scheitert am Dissens zwischen Regierung und Opposition (Ogata 1990:141–165). Dieses Dilemma, verstärkt durch bürokratische Widerstände und Gegensätze innerhalb der Liberaldemokratischen Partei (Odawa 1991), behindert eine grundsätzliche Neuorientierung der japanischen Außen- und Verteidigungspolitik beträchtlich. So vermag die japanische Außenpolitik keinen nennenswerten Beitrag zur Aufgabenstärkung der Vereinten Nationen zu leisten.

Die aus Anlaß der Golfkrise erneut an Japan gestellte Forderung nach einer militärischen Lastenteilung hat zu einer heftigen Konfrontation zwischen Regierung und Opposition geführt. Die Koalition der Opposition im Oberhaus (*Rengō-sangiin*) lehnt die Beteiligung der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte an Friedenstruppen der Vereinten Nationen in jeder Form ab. Die Chancen einer solchen Beteiligung werden auch vor dem Hintergrund von Rechtsvorbehalten des Außenministeriums gegen jedwede Verpflichtung zu militärischen Beiträgen von der japanischen Regierung sehr restriktiv formuliert: „im Rahmen der Verfassung; keine Ausübung von militärischer Gewalt und Bedrohung; auf den nichtmilitärischen Bereich beschränkt; prinzipiell unbewaffnet“ (Asahi Shinbun 7.10.1990:5). Das durch den Golf-Krieg „verwirrte Japan“ (Asahi) steht – wie das vereinigte Deutschland – vor der Herausforderung, seine UN-Politik neu zu definieren und weiterreichende, prinzipielle Beiträge zu einer friedenspolitischen Konzeption der Vereinten Nationen zu leisten (Hillenbrand 1991:14).

Eine solche Konzeption kann um so leichter entwickelt werden, als sich die politische Klasse nach dem Golf-Krieg bewußt ist, daß eine Neudefinition ihrer Außen- und Verteidigungspolitik unabdingbar ist. Komponenten einer neuen Konzeption könnten zum einen die Bereitschaft zur Beteiligung an Friedensstreitkräften der Vereinten Nationen und zum anderen die Bereitschaft zu weitgehender Umschichtung im Verteidigungshaushalt zu Lasten der Bodestreitkräfte sein (Tamamoto 1990/91:89–106). Eine solche Konzentration des japanischen Militärpotentials auf Marine und Luftwaffe würde den defensiven Charakter der japanischen Streitkräfte gegenüber den asiatisch-pazifischen Nachbarn unterstreichen, eine „Friedensdividende“ zugunsten des weiteren Ausbaus der Entwicklungshilfe freisetzen und Abrüstungsinitiativen in der asiatisch-pazifischen Region vorantreiben.

7. INNENPOLITISCHE AKZEPTANZ

Eine globalere Orientierung macht die japanische Außenpolitik noch mehr vom innenpolitischen Konsens mit den Perspektiven dieser Politik abhängig. Während eine reaktive Außenpolitik zwar über eine geringere externe Durchsetzungskraft verfügt, zugleich aber nur Ansatzpunkte einer punktuellen Kritik bietet, wirft eine aktive Außenpolitik die Frage nach ihrer innenpolitischen Akzeptanz in der Wählerschaft und nach der Tragfähigkeit des parlamentarischen Konsensus' auf.

Die Umriss einer aktiveren Außenpolitik stehen in deutlichem Kontrast zur eher passiven internationalen Standortbestimmung in der Vergangenheit: „... Japan has rarely been actively involved in efforts in various parts of the globe to promote peace“ (Kyōgoku 1987:18). Diese Passivität machte sich nachteilig bemerkbar etwa bei den Friedensinitiativen der Vereinten Nationen und bei der internationalen Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen. Ebenso wenig wurde diese Zurückhaltung innenpolitisch vermittelt. Die Regierung versteckte sich bei den Versuchen der innenpolitischen Rechtfertigung hinter der Formel einer Trennung von Wirtschaft und Politik: Beurteilungsmaßstab außen- und insbesondere sicherheitspolitischer Entscheidungen waren wirtschaftliche Wachstumseffekte, an denen auch Außenwirtschafts- und Technologiepolitik gemessen wurden.

Der Bereitschaft zu einer aktiveren Außenpolitik kommt gewiß nicht zugute, daß japanische Politiker ihre Zielvorstellungen gegenüber Wählern und Medien noch vager formulieren als ihre Kollegen in anderen Ländern. Auf diesem Wege können kaum neue Denkanstöße gegeben werden, zumal der Bürokratie des Gaimushō von ihren japanischen Kritikern vorgehalten wird, an einer häufig versteinerten Einschätzung der Weltlage festzuhalten und Veränderungen des internationalen Kräftefeldes aufgrund vielfältiger Abstimmungserfordernisse innerhalb des Regierungsapparats erst mit erheblicher Verspätung zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen. Außenpolitische Revisionen gehen eher von einzelnen Abgeordneten, Mitgliedern der Leitungsebenen anderer Ministerien und Journalisten aus.

Die Formulierung außenpolitischer Ziele findet im Widerstreit wirtschaftlicher Interessen, außenpolitischer Verpflichtungen und zugleich im Widerstreit der diese Kriterien vertretenden Ressorts – vor allem des Gaimushō und des MITI – statt. Erstmals hat sich 1990 bei der Festlegung der japanischen Position zur Beilegung der Golfkrise das Außenministerium gegenüber dem Außenhandels- und Industrieministerium durchgesetzt: Die Zusammenarbeit mit dem Irak, aus dem Japan zwölf Prozent seines Erdöls bezog, wurde eingestellt (Adam 1990:16). Anders als in der Tehe-

raner Geisellaffäre wurde der Loyalität zu den Vereinigten Staaten Vorrang vor der Wahrung der eigenen Wirtschaftsinteressen im Nahen Osten eingeräumt.

Durch den Zusammenschluß zum Gewerkschaftsbund *Rengō* hat sich auch das politische Durchsetzungsvermögen der Gewerkschaften verbessert. Die politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Kosten der Politik wirtschaftlichen Wachstums müssen von der die Außenwirtschaftspolitik tragenden Interessenallianz mehr berücksichtigt werden als jemals zuvor. Die neue Parlamentsmehrheit der Oppositionsparteien im Oberhaus setzt die Liberaldemokraten dabei noch mehr unter Druck: Auf der Suche nach neuen Koalitionsmustern muß die Regierungspartei auch die politische und gesellschaftliche Akzeptanz ihrer Politik erweitern. Der starke politische Wettbewerb um die neuen Mittelschichten stärkt die Durchsetzbarkeit von Verbraucherinteressen – auch wenn die neue Verbrauchssteuer trotz starken öffentlichen Drucks noch immer nicht zurückgenommen worden ist.

Die Darstellung der japanischen Außenpolitik und ihrer Kritik in den Medien zeigen, daß sich die politischen Entscheidungsträger der Notwendigkeit eines größeren Beitrages ihres Landes zur internationalen Wirtschaftsordnung bewußt sind (Yanagiya 1990:20). Dies soll vornehmlich durch Ausbau und Umstrukturierung der Entwicklungshilfe geschehen, insbesondere durch gesundheits- und bildungspolitische Maßnahmen, die den Ärmsten zugutekommen. Immer weniger könne sich Japan damit begnügen, der Führung anderer Länder – vor allem der Vereinigten Staaten – zu folgen, ohne eigene außenpolitische Vorstellungen zu entwickeln. Das gilt insbesondere in Krisensituationen. So ist die „Scheckbuch-Diplomatie“ der japanischen Außenpolitik in der Golfkrise auch im eigenen Land auf Kritik gestoßen, wie die Stellungnahmen der großen japanischen Tageszeitungen zeigen.

Die Zukunftsperspektive der japanischen Außenpolitik besteht vor diesem Hintergrund weder in einer „Pax Americana“ noch in einer „Pax Nipponica“, sondern vielmehr aus einer Synthese regionaler Kooperationsnetze und einer zunehmenden gegenseitigen Durchdringung der Weltwirtschaft, unter stärkerer Beteiligung internationaler Organisationen. Der Aufbau europäischer und pazifischer Institutionen deutet in diese Richtung. Wie das Wachstum der öffentlichen Entwicklungshilfe zeigt, ist Japan grundsätzlich bereit, eine globalere Orientierung seiner Außenpolitik in einzelnen Schritten umzusetzen. Der (zusammengerechnete) Anteil seiner Entwicklungshilfe- und Verteidigungsleistungen ist inzwischen beachtlich und verrät Ansätze einer globalen Perspektive. Der Begriff der „umfassenden Sicherheitspolitik“ spiegelt diese Tendenz wider.

Die innenpolitische Umsetzung dieser Perspektive ist allerdings

schwierig. Hier sind die Heterogenität der LDP, die Oppositionsmehrheit im Oberhaus, das Gewicht der Bürokratie und vor allem der starke Einfluss der Interessengruppen in Rechnung zu stellen. Zudem ist die Koordination zwischen den Ressorts nur schwach, so daß außenpolitische Entscheidungen vielfach nur auf Druck von außen zustandekommen. Eine stärkere „Internationalisierung“ (*kokusaika*) der japanischen Politik wird indessen von den großen Wirtschaftsverbänden *Keidanren* und *Keizai Dōyūkai* nachdrücklich unterstützt. Die personelle Ausstattung des Regierungsapparats, insbesondere des Außenministeriums, bleibt aber unzulänglich und entspricht nicht diesen Anforderungen: Obwohl dieses Defizit von den japanischen Außenpolitikern seit längerem nachdrücklich kritisiert wird, mangelt es dem *Gaimushō* an Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Finanzministerium. Die organisatorische Ausstattung dieses Ressorts entspricht nicht Japans globaler Verantwortung (Ministry of Foreign Affairs 1987:19).

Anlässlich der Golfkrise hat der damalige Premierminister Kaifu bei der Einbringung des „Gesetzesentwurfs zur Kooperation in Friedensangelegenheiten“ erklärt, Japan dürfe „... bei den internationalen Anstrengungen zur Wiederherstellung dieses Friedens nicht tatenlos zusehen, sondern muß im Rahmen des ihm möglichen seine Aufgaben klar benennen und erfüllen“ (Asahi Shinbun 13.10.1990:4). Krieg als Mittel der Staatsgewalt wird abgelehnt, zugleich aber die Einrichtung einer Friedenstruppe vorgeschlagen. Gegenüber diesem Vorstoß der Regierung haben Opposition und Medien geltend gemacht, er lasse keine klare Konzeption erkennen, begründe eine entscheidende Wende der japanischen Außenpolitik nur unzureichend und sei in sich widersprüchlich. In der Tat hat die konzeptionslose und in sich widersprüchliche Reaktion der Regierung auf den Golf-Konflikt das schwache Fundament der Regierung offengelegt und ihr Unvermögen aufgezeigt, die außenpolitische Führungskompetenz des Regierungschefs gegenüber den Bürokratiecliquen (*kanryō-gun*) durchzusetzen (Iwamura 1990:4).

Die außenpolitischen Vorstellungen der Regierung sind nach Auffassung ihrer Kritiker vage. Selbst Form und Umfang der Beteiligung der Selbstverteidigungsstreitkräfte an den Friedenstruppen der Vereinten Nationen bleiben somit unklar und schlecht begründet: Die Außenpolitik erweckt den Eindruck der Orientierungslosigkeit. Auch die außenpolitischen Erklärungen der stärksten Oppositionspartei bleiben vage; immerhin wird – durchaus in Übereinstimmung mit der Regierung – eine Beteiligung am KSZE-Prozeß ins Auge gefaßt (Doi 1990:13).

Die japanische Debatte um die Beteiligung an einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen ist, wie die deutsche Diskussion, durch Widersprüche, Hinhaltetaktik und Unentschlossenheit gekennzeichnet. So sollte der Bei-

trag zur Friedenstruppe keine Beziehungen zu den Selbstverteidigungsstreitkräften aufweisen und Angehörige dieser Streitkräfte sollten nicht in die Friedenstruppe entsandt werden. Eine spezielle Organisation mit eigenen Transport- und Kommunikationsmitteln wurde erwogen. Eine Entsendung bewaffneter Streitkräfte nach Übersee würde den Widerstand der anderen Staaten Asiens nach sich ziehen. Zugleich wurde Japans „Mangel an Internationalität“ beklagt (Sakamoto 1990:5).

An dieser Debatte beteiligte sich die *Shakaitō* als größte Oppositionspartei mit einem eigenen Entwurf, der von ihrem Ausschuss für Sicherheit, SDF und Abrüstungsmaßnahmen ausgearbeitet worden war und eine umfassende Revision der Parteilinie in Fragen der Sicherheitspolitik und der Selbstverteidigungsstreitkräfte erkennen ließ (Asahi Shinbun 23.9.1990: 1). Erstmals wird von der *Shakaitō* vorgeschlagen, die Selbstverteidigungsstreitkräfte als verfassungskonform zu betrachten. Trotz weiterhin geltender, grundsätzlicher Bedenken sollte der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag aufrechterhalten werden. Um die japanische Inselkette solle eine See- und Luftverteidigungszone errichtet werden; das zu unterhaltende Verteidigungspotential solle jedoch auf Alarm- und Kontrollfunktionen beschränkt werden. Die Funktionen der drei Teilstreitkräfte sollten verstärkt werden. Diese Konzeption, die bereits in Koalitionsverhandlungen mit den anderen Oppositionsparteien erörtert worden ist, stößt freilich auf starken Widerstand des linken Parteiflügels, der die traditionelle Linie der Nichtbewaffnung verfolgt und im übrigen die Konzeptionslosigkeit der eigenen Partei bemängelt.

Während in der japanischen Öffentlichkeit ein stärkeres militärisches Engagement Japans nach wie vor auf starke Vorbehalte stößt, werden zugleich eine aktivere Außenpolitik und ein größerer japanischer Beitrag zu einer neuen internationalen Ordnung gefordert. Angesichts des Umfangs des japanischen Verteidigungshaushalts sei der traditionelle Verzicht auf eine militärische Großmachtrolle wenig glaubhaft und ein stärkeres Engagement für eine militärische Abrüstung in Asien vordringlich. Die Unübersichtlichkeit und Unsicherheit der strategischen Lage im Fernen Osten erforderten eine entsprechende flexible Verteidigungsplanung (Asahi Shinbun 3.5.1990:5; 20.6.1990:5).

Die Anforderungen an die innenpolitische Basis der japanischen Außenpolitik sind komplizierter geworden. Eine langfristige Perspektive dieser Politik erfordert die verstärkte Einbeziehung der Opposition. Nach der Unterhauswahl 1990 sind bereits Koalitionsmöglichkeiten zwischen LDP und *Shakaitō* erörtert worden, eine Regierungsbeteiligung der Sozialisten soll vom damaligen Premierminister Kaifu erstmals ernsthaft erwogen worden sein. Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß derartige Spekulationen zugleich ein willkommenes Instrument zur Disziplinie-

rung widerspenstiger Faktionen innerhalb der liberaldemokratischen Unterhausfraktion sind. Die außenpolitischen Anforderungen an die politische Führung wachsen. Nur durch ein leistungsfähigeres Instrumentarium, eine klarere außenpolitische Führung und einen breiteren außenpolitischen Konsens sind diese Anforderungen auf Dauer zu bewältigen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adam, Werner (1990): Die Golfkrise bringt Japan in Verlegenheit. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Frankfurt am Main) 24.8.1990, S. 16.
- Asahi Shinbun (Tōkyō), 3. Mai 1990, S. 5: *Heiwa-kenpō to Kokusai-chitsujozukuri* [Friedensverfassung und Aufbau einer internationalen Ordnung].
- 20. Juni 1990, S. 5: *Jiki-bōsakutei ni nozomu* [Wünsche bei der Festlegung des Verteidigungsplans für die nächste Periode].
 - 19. September 1990, S. 2: *Yatō-no taisei „tōzen“* [Allgemeine Haltung der Opposition: „Selbstverständlich“].
 - 19. September 1990, S. 5: *„Senzaiteki kyōi“ wa kieta ga ...* [Die „latente Bedrohung“ ist gewichen, aber ...].
 - 23. September 1990, S. 1: *Shatō, jieitai-„goken“ no gen’an* [SPJ]: Entwurf zur Verfassungskonformität der SDF].
 - 7. Oktober 1990 (Morgenausgabe), S. 5: *Heiwa ni tesshita kyōryoku-hō shingī o* [Die Beratung des Gesetzentwurfs „zur Kooperation mit der UNO in Friedensangelegenheiten“ sollte auf der Idee des Friedens basieren].
 - 13. Oktober 1990: Siehe unter Iwamura 1990.
 - 16. Oktober 1990, S. 1: *Jieitai kokurengunsanka wa kanō* [Teilnahme der SDF als UNO-Truppen möglich].
 - 16. Oktober 1990, S. 2: *Shatō: Higunjiteki kikō o teishō* [Gegenvorschlag der SPJ zum Gesetzentwurf].
 - 15. Februar 1991, S. 1: *Bōei-hi fukume saishutsu-shōgen* [Haushaltskürzungen auch für Verteidigungsausgaben].
 - 17. Februar 1991, S. 1: *90 oku doru shien, nendo-nai jitsugen* [9 Mrd.-Dollar-Zuwendung soll in diesem Jahr realisiert werden].
 - 20. Februar 1991, S. 1: *Bōei-hi sakugen, konnendo mazu 48 oku en* [Kürzung der Verteidigungsausgaben: in diesem Jahr zunächst 4,8 Mrd. Yen].
- Asai, Motofumi (1990): Democracy, an Unintended Victim. In: *Japan Quarterly* (Tōkyō), Vol. 37, Nr. 1, S. 4–13.
- Balassa, Bela und Marcus Noland (1988): *Japan in the World Economy*. Washington D.C.: Institute for International Economics, S. 72–73.
- Czempiel, Ernst-Otto (1987): Machtpolitik. In: Klaus von Beyme u. a.: *Po-*

- litikwissenschaft. Eine Grundlegung, Bd. III: Außenpolitik und Internationale Politik. Stuttgart: Kohlhammer, S. 97–127.
- Doi, Takako (1990): A Japan That Can Say Sorry. In: *New Perspectives Quarterly* (Santa Barbara, California), Vol. 7, No. 8, S. 13/14.
- Falkenheim, Peggy Levine (1990/91): Moscow and Tokyo: Slow Thaw in Northeast Asia. In: *World Policy Journal* (New York), Vol. VIII, No. 1, S. 159–180.
- Fukatsu, Masumi (1990): Doi Takako Tackles the Obstacles to Power. In: *Japan Quarterly* (Tōkyō), Vol. 37, Nr. 1, S. 24–30.
- Haftendorn, Helga (1989): Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum. Ein Paradigma zur Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* (Opladen), 30. Jg., März 1989, S. 32–49.
- Hane, Kanji (1990): Was heißt „Japan-Corporation“? In: *Japaninfo* (Weißhorn), 11. Jg., Nr. 9, 2. Juli 1990, S. 15–18.
- Hayasaka, Shigezo (1991): Posuto Kaifu wa kono futari [Nach Kaifu diese beiden]. In: *Asahi Gekkan* (Tōkyō), Vol. 3, No. 2, S. 48–54.
- Hillenbrand, Barry (1991): In Search of a Triumph. In: *Time* (New York), 8. April 1991, S. 14.
- Holloway, Nigel (1988): Problems of Plenty. In: *Far Eastern Economic Review* (Hongkong), 10. März 1988, S. 64–69.
- House of Councillors (1990): *Interim Report of Research on Foreign Affairs and Comprehensive National Security*, Tokyo, June 1990.
- Hummel, Hartwig (1989): Sayonara Rüstungsexporte. Die Beschränkung des Rüstungsexports in Japan als friedenspolitisches Modell. In: *Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung*, Nr. 12. Tübingen: Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, S. 53–57.
- Iwamura, Tatsurō (1990): Naze ketsuron wa isogu no ka [Warum eilt der Beschluß?]. In: *Asahi Shinbun* (Tōkyō), 13.10.1990, S. 4.
- Jones, Clayton (1990): Japan Weighs Lifting Rice-Import Ban. In: *The Christian Science Monitor* (Boston, Mass.), June 29–July 5 1990, S. 10 A.
- Kennedy, Paul (1988): *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. London/Sydney: Unwin Hyman.
- Kevenhörster, Paul (1973): *Wirtschaft und Politik in Japan. Interessengruppen, politische Meinungsbildung und wirtschaftspolitische Entscheidungen*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Kobayashi, Keiji (1990): Kanemaru hōchō e no michi wa Pari de hajimatta [Der Besuch Kanemarus in Nordkorea begann in Paris]. In: *Aera* (Tōkyō), No. 51, 12, 1990, S. 25–26.
- Koh, B. C. (1989): *Japan's Administrative Elite*. Berkeley: University of California Press.

- Kyōgoku, Jun'ichi (1987): *The Political Dynamics of Japan*. Tokyo: University of Tokyo Press.
- Maekawa, Haruo (1989): Internationalization and Restructuring of the Japanese Economy. In: Sato, Ryuzo und Juliane Nelson (Hg.): *Beyond Trade Friction: Japan-US Economic Relations*. Cambridge, England, Cambridge University Press, S. 31–40.
- Makihara, Kumiko (1990): A Popular Guide to Diplomacy. Foreign Minister Nakayama Takes his Show on the Road. In: *Time* (New York), 15.1.1990, S. 7.
- Maswood, Syed Javed (1989): *Japan and Protection. The Growth of Protectionist Sentiment and the Japanese Response*. London/New York: Routledge.
- Ministry of Foreign Affairs (1986): *Diplomatic Bluebook 1986 Edition*. Tokyo: Ministry of Foreign Affairs.
- Ministry of Foreign Affairs (1987): *Foreign Policy Speech by Tadashi Kuramari, Minister of Foreign Affairs to the 108th Session of the National Diet*. Tokyo.
- Ministry of Foreign Affairs (1990): *Diplomatic Bluebook 1990 Edition*. Tokyo: Ministry of Foreign Affairs.
- Odawa, Atsushi (1991): The Kaifu Bungle. In: *Japan Quarterly* (Tōkyō), Vol. 38, Nr. 1, S. 6–14.
- Ogata, Sadako (1990): The United Nations and Japanese Diplomacy. In: *Japan Review of International Affairs* (Tōkyō), Vol. 4, Nr. 2, S. 141–165.
- Okimoto, Daniel J. (1988): Political Inclusivity: The Domestic Structure of Trade. In: Takashi Inoguchi und Daniel J. Okimoto (Hg.): *The Political Economy of Japan*. Vol. 2, The Changing International Context. Stanford (Cal.): Stanford University Press.
- Orr, Robert M. (1990): *The Emergence of Japan's Foreign Aid Power*. New York: Columbia University Press.
- Pempel, T. J. (1977): Japanese Foreign Economic Policy: The Domestic Bases for International Behavior. In: Peter J. Katzenstein (Hg.): *Between Power and Plenty. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States*. Madison (Wisc.): University of Wisconsin Press, S. 183–184.
- Pohl, Manfred (1990): Spitzenbeamte: Japans „heimliche Herrscher“? In: *Japaninfo* (Weißenhorn), 26.2.1990, Nr. 2, S. 15–17.
- Sakamoto, Yoshikazu (1990): Heiwa kenpō no gensoku ni tatsu shien o [Unterstützung auf der Grundlage der Prinzipien der Friedens-Verfassung]. In: *Asahi Shinbun* (Tōkyō) 21.4.1990, S. 5.
- Samuels, Richard (1990): Japan in 1989. Changing Times. In: *Asian Survey* (Berkeley, California), Vol. XXX, No. 1, S. 46–56.
- Schoppa, Leonard J. (1991): Zoku Power and LDP Power: A Case Study of the Zoku Role in Education Policy. In: *Journal of Japanese Studies* (Seattle), Vol. 17, Nr. 1, S. 79–106.

- Seisaku Kōsō Forumu (Forum For Policy Innovation) (1990): Towards Harmony of the New World System: Japan Must Transform Itself to Be an International Moderator. In: *Policy Proposal* (Tōkyō), No. 24, Januar 1990.
- Shūkan Tōyō-Keizai* (Tōkyō) (1990) vom 11.–18. August 1990: Kome jiyūka de yoyato sorezore ni fukyō wa hontō [In Wirklichkeit verstärkt sich der Widerstand gegen eine Reismarktliberalisierung].
- Smith, Charles (1990): Bending with the Wind. In: *Far Eastern Economic Review* (Hongkong), 28.6.1990, S. 10.
- Tamamoto, Masaru (1990/91): Trial of an Ideal: Japan's Debate over the Gulf Crisis. In: *World Policy Journal* (New York), Vol. VIII, No. 1, S. 89–106.
- Tanaka, Maoki (1988): Economic Pressure/Forcing Political Change. In: *Mainichi Daily News* (Tōkyō), 18. April 1988.
- Tidten, Markus (1990): Japan nach den Unterhauswahlen – Rückkehr zur „Nagatachō-Logik“. In: *KAS-Auslandsinformationen* (St. Augustin), April 1990, S. 6.
- Watanuki, Joji (1977): *Politics in Postwar Japanese Society*. Tōkyō: Sophia University.
- Woronoff, Jon (1986): *Politics. The Japanese Way*. Tōkyō: Jonan.
- Yakushiji, Taizō (1989): Political Factors in Shaping Japan's Foreign Economic Policy. In: *The International Spectator* (Rom), Vol. 24, No. 3/4, July – Dec. 1989, S. 208–218.
- Yanagiya, Kensuke (1990): Prosperity's base: ODA. In: *The Japan Times*, 16. Oktober 1990, S. 20.
- Yasutomo, Dennis T. (1986): *The Manner of Giving: Strategic Aid and Japanese Foreign Policy*. Lexington (Mass.): Lexington Books.